

PRESSEMITTEILUNG

Immer mehr Kommunen möchten mehr offene Daten bereitstellen, sehen aber Hürden

Eine wachsende Zahl von Kommunen in Deutschland stellt schon jetzt offene Daten bereit. Welche Chancen und Herausforderungen Kommunen damit verbinden, hat die Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in einer Befragung untersucht.

Gütersloh, 20. Oktober 2020. Für viele Kommunen sind offene Verwaltungsdaten, beispielsweise Daten der kommunalen Statistik, dem öffentlicher Personennahverkehr oder der Umwelt, ein noch recht neues Tätigkeitsfeld. Doch ob für die strategische Entscheidungsfindung in der öffentlichen Verwaltung oder die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI): Offene Daten, also Daten die ohne Einschränkungen genutzt, wiederverwendet und verteilt werden können, bilden einen wichtigen Baustein bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Über 90 Prozent der Befragten kommunalen Daten-Expert:innen befürworteten die politischen Bestrebungen, offene Daten verstärkt zur Verfügung zu stellen – sehen sich aber großen Hürden gegenüber. Mangelnde personelle Ressourcen und ein fehlender gesetzlicher Auftrag zählen zu den zwei wesentlichen Gründen, warum häufig noch keine offenen Daten bereitgestellt werden. Aber auch die Angst vor Datenmissbrauch und datenschutzrechtliche Bedenken bremsen die Kommunen bei der Bereitstellung offener Daten aus. Das sind die zentralen Ergebnisse einer Befragung der Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Über 200 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner:innen haben sich an der Befragung zur Bereitstellung von Open Data beteiligt.

Die Ergebnisse zeigen außerdem: Neben den nötigen Ressourcen oder der fachlichen Expertise erschweren wenig standardisierte Prozesse und ein generell geringer Grad der Digitalisierung der Vorgänge in den Verwaltungen die Bereitstellung. Dabei sehen rund die Hälfte der Daten-Expert:innen insbesondere in der aktuellen Corona-Pandemie einen Mehrwert, wenn offene Daten bereit gestellt werden, zum Beispiel wenn es um Gefährdungslagen geht. Der Mehrwert offener Daten wird vor allem in der Information der Bürger:innen und einem vereinfachten Austausch zwischen den unterschiedlichen Ämtern gesehen. In der Entwicklung innovativer Geschäftsfelder sehen sie jedoch bisher kaum einen Vorteil.

Vorteil für größere Kommunen: Professionelles Datenmanagement

Rund ein Drittel der befragten Kommunen stellen bereits offene Daten bereit und von denen, die bisher keine offenen Daten zur Verfügung stellen, haben ein Viertel bereits Maßnahmen ergriffen, um künftig offene Daten zu veröffentlichen. Ein professionelles Datenmanagement ist hierfür eine unerlässliche Grundlage und ermöglicht oftmals erst die datenbasierte Steuerung kommunaler Maßnahmen und Projekte. Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden hat bereits Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten für das Datenmanagement etabliert. Doch während dies bei über 90 Prozent der Großstädte (über 100.000 Einwohner) der Fall ist, trifft dies nur auf weniger als die Hälfte der kleineren Kommunen (bis 20.000 Einwohner) zu. Erst jede Sechste besitzt eine:n direkte:n Ansprechpartner:in für das Thema Open Data – kleine Kommunen sind auch hier seltener vertreten.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu Open Data ist der Zugriff auf eine technische Infrastruktur, erklären knapp drei Viertel der befragten Kommunen. Auch klare gesetzliche und

regulative Vorgaben auf der Bundes- oder Landesebene, wie beispielsweise Transparenzgesetze, sowie eine einschlägige Beschlussfassung auf der kommunalen Ebene, offene Daten bereitzustellen, sind wichtige Katalysatoren für die Datenbereitstellung.

Gezielte Unterstützung kleinerer Kommunen

Viele kommunale Daten-Expert:innen wollen offene Daten bereitstellen, in den Kommunen selber ist der Gedanke jedoch noch nicht so stark ausgeprägt. Praktische Handreichungen und ein überregionales Datenportal würden die Bereitstellung offener Daten erleichtern, insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden, die keine eigene technische Infrastruktur aufbauen und warten können. „Die Corona-Pandemie wird die kommunalen Finanzen stark belasten. Daher benötigen insbesondere kleinere, finanzschwache Kommunen finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsvorhaben, zu denen auch Open Data zählt“, erklärt Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Kommunen benötigen für die Datenbereitstellung rechtliche Sicherheit. Die Umsetzung der europäischen Public Sector Information-Richtlinie (PSI-Richtlinie) in nationales Recht kann hier als ein bundesweit verbindlicher Rahmen fungieren. Bis Juli 2021 können hier wichtige Weichen gestellt werden, um verbindlich festzulegen, welche Daten auch auf der kommunalen Ebene veröffentlicht werden müssen. Open Data bedingt ein Umdenken in der Verwaltung: „Prozesse und Strukturen sollten sich stärker an den Bedürfnissen der Nutzer:innen orientieren, Barrieren zwischen einzelnen Abteilungen abgebaut werden“, sagt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin bei der Bertelsmann Stiftung. In der aktuellen Situation zeigt sich, dass innovative Lösungen auf der Grundlage offener Daten einen wichtigen Mehrwert für die digitale Daseinsvorsorge bieten.

Zusatzinformationen

Die Studie: „Open Data in Kommunen: Eine Kommunalbefragung zu Chancen und Herausforderungen der Bereitstellung offener Daten“. wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) mit der Unterstützung des Deutschen Städtetags (DST) erstellt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Open Data wird durch Handlungsempfehlungen ergänzt. Für die Studie hat das Difu im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 1.145 Kommunen im April und Mai 2020 postalisch kontaktiert, 212 Städte und Gemeinden haben an der Befragung teilgenommen. Viele Beschäftigte der kommunalen Verwaltungen arbeiteten zu dieser Zeit Corona-bedingt im Home Office. Die Daten der Befragung enthalten keine personenbezogenen Informationen und werden für die Nachnutzung als offene Daten zur Verfügung gestellt.

Unser Experte: **Dr. Tobias Bürger, Telefon: 0 52 41 81 81 832**
E-Mail: tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de